

Helmut Fuchs

Österreichisches Strafrecht
Allgemeiner Teil I

Grundlagen und Lehre
von der Straftat

Zweite Auflage

Springers Kurzlehrbücher
der Rechtswissenschaft

SpringerWienNewYork

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	Verzeichnis.....	XXI
-------------	------------------	-----

I. Abschnitt: Allgemeine Grundlagen

1. Kapitel: Begriff und Gliederung des Strafrechts	1
I. Normen und Werte	1
II. Das Wesen der Strafe	3
1. Übelscharakter	3
2. Tadelfunktion	3
III. Abgrenzung der Strafe von ähnlichen Rechtsfolgen	4
2. Kapitel: Zweck und Rechtfertigung der Strafe	8
I. Die Strafrechtstheorien	8
II. Zweck und Legitimation der Strafe in heutiger Sicht	10
1. Strafzwecke	10
a) Spezialprävention	10
b) Generalprävention	11
c) Ablehnung der Vergeltung als Strafzweck	12
2. Die Unentbehrlichkeit des Strafrechts	12
3. Schuld als Voraussetzung der Strafe	13
a) Schuld als persönliche Vorwerfbarkeit	13
b) Sittlich neutrale Schuld?	14
aa) Schuld als Ausfluß der präventiven Bedürfnisse	14
bb) Der „reduzierte“ Schuldbegriff	15
c) Strafrechtliche Schuld als sozial-ethischer Vorwurf	16
4. Rechtfertigung der Strafe durch Schuld und kriminalpolitische Notwendigkeit	17
III. Versagen der schuldangemessenen Strafe in besonderen Situationen	18
IV. Außergerichtlicher Tatausgleich statt Strafe („Diversion“)	20
3. Kapitel: Geschichte, Rechtsquellen, Literatur	23
I. Zur Geschichte des österreichischen Strafrechts	23
1. Das alte Strafrecht	23
2. Strafgesetzbuch 1974 (StGB 1974)	23
3. Änderungen seit 1975	24
II. Rechtsquellen	25
III. Literatur und Entscheidungen	26
1. Gesetzesausgaben	26
2. Lehrbücher und Kommentare	27
3. Entscheidungen	28
4. Aufsätze und Monographien	29

4. Kapitel: Auslegung und Lückenschließung; keine Strafe ohne Gesetz	30
I. Auslegung als notwendige Voraussetzung jeder Rechtsanwendung ..	30
II. Methodische Regeln der Auslegung	30
1. Allgemeines.	30
2. Einzelne Auslegungsregeln	31
a) Wortinterpretation.	31
b) Systematische Interpretation	31
c) Historische Interpretation.	32
d) Teleologische Interpretation.	32
III. Exkurs: In dubio pro reo und in dubio mitius	33
IV. Auslegung im engeren Sinn und Analogie.	34
V. Keine Strafe ohne Gesetz (nullum crimen, nulla poena sine lege)	
als besondere Auslegungsregel des Strafrechts.	35
1. Das Wesen der Nulla-poena-sine-lege-Regel.	35
2. Das sogenannte Analogieverbot (nulla poena sine lege stricta) ...	36
a) Inhalt.	36
b) Reichweite.	37
c) Verfassungsrechtliche Absicherung	38
3. Das Rückwirkungsverbot	38
a) Begriff der Rückwirkung	38
b) Inhalt des Rückwirkungsverbotes.	39
4. Verbot des Gewohnheitsrechtes.	40
5. Das Bestimmtheitsgebot	40
5. Kapitel: Der internationale Anwendungsbereich des	
 österreichischen Strafrechts (sog Internationales Straf recht).	41
I. Das Wesen des Strafanwendungsrechts.	41
1. Anwendung des innerstaatlichen materiellen Strafrechts.	41
2. Völkerrechtliche Anknüpfungspunkte.	41
3. Strafanwendungsrecht	42
II. Die konkrete Regelung in Österreich (§§ 62 bis 67 StGB).	42
1. Territorialitätsprinzip.	42
2. Personalitätsprinzip.	43
3. Schutzprinzip.	44
4. Universalitätsprinzip (Prinzip der Weltstrafrechtspflege).	45
5. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege.	45
6. Anrechnung der im Ausland verbüßten Strafe.	47
III. Auslieferung in das Ausland	47
1. Begriff und gesetzliche Grundlagen.	47
2. Grundsätze des Auslieferungsrechts.	48
II. Abschnitt: Die Lehre von der Straftat	
A) Grundlagen	
6. Kapitel: Elemente der Straftat	50
I. Grundbegriffe.	50
II. Die Straftat als Handlung	51
III. Weitere Merkmale der Straftat	52

7. Kapitel: Die Handlung	54
I. Die verschiedenen Handlungsbegriffe	54
II. Zur Bedeutung der finalen Handlungslehre	54
III. Aufgabe des Handlungsbegriffes.	55
IV. Formal-abstrakter Handlungsbegriff.	56
8. Kapitel: Die verschiedenen Verbrechenssysteme (Straftatsysteme)	57
I. Der analytische Verbrechenbegriff.	57
II. Die einzelnen Verbrechenssysteme.	58
1. Der klassische Verbrechenbegriff (objektive Unrechtslehre; Beling, Rittler, Nowakowski im Lehrbuch).	58
2. Lehre von den subjektiven Unrechtselementen	59
3. Die moderne Verbrechenlehre (personale Unrechtslehre).	60
9. Kapitel: Grundformen der Straftaten	64
I. Inhaltliche Einteilungen	64
1. Begehungs- und Unterlassungsdelikte.	64
2. Vorsatz,- und Fahrlässigkeitsdelikte.	65
3. Einteilung nach dem Rechtsgut	67
II. Formale Einteilung: Verbrechen und Vergehen.	67

B) Das Begehungsdelikt als Modellfall

a) Begründung des Unrechts durch den Tatbestand

10. Kapitel: Lehre vom Unrecht und vom Tatbestand	69
I. Rechtswidrigkeit und Unrecht	69
1. Rechtswidrigkeit als Verhaltenseigenschaft	69
2. Unrecht als das rechtswidrige Verhalten selbst	70
II. Behandlung des Unrechts im Straftatsystem.	72
1. Tatbestand als Unrechtstypus.	72
2. Zusammenfassung: Die verschiedenen Tatbestandsbegriffe.	73
III. Elemente des Tatbestands als Unrechtstypus.	73
1. Unrechtserhebliche generelle Tatmerkmale.	73
2. Die einzelnen Elemente des Tatbestands im allgemeinen.	75
a) Tatsubjekt	75
b) Tathandlung, Erfolg und Rechtsgutsbeeinträchtigung.	75
c) Objektiver Tatbestand (äußerer Tatbestand, Tatbild) und subjektiver Tatbestand (innerer Tatbestand).	77
3. Zusammenfassung: Aufbau des Tatbestandes bei Vorsatz- und bei Fahrlässigkeitsdelikten	78
IV. Weitere Einteilungen der Deliktstatbestände.	79
1. Abwandlungen: Grunddelikt, Qualifizierungen und Privilegierungen; selbständige Abwandlungen.	79
2. Einteilungen nach dem äußeren Aufbau.	80
a) Einfache Delikte und Mischdelikte.	80
b) Einaktige und mehraktige Delikte.	80
c) Delikte mit erweitertem Vorsatz („Delikte mit überschießender Innentendenz“, „Absichtsdelikte“) und Tendenzdelikte.	81
d) Zustandsdelikte und Dauerdelikte.	81

11. Kapitel: Der objektive Tatbestand (das Tatbild) des Vorsatzdelikts .	83
I. Merkmale des Tatbestandes.	83
II. Im besonderen: Die Tathandlung des Vorsatzdelikts.	83
1. Schluß von der Erfolgsverursachung auf die Tathandlung	83
2. Entfall des äußeren Tatbestandes bei erlaubtem Risiko.	84
3. Sozial-inadäquate Gefährlichkeit als notwendige Eigenschaft der Tathandlung.	84
4. Risikoverringeringung	85
12. Kapitel: Der Tatbestand des Fahrlässigkeitsdelikts.	86
I. Wesen der Fahrlässigkeit	86
1. Fahrlässigkeit als eigenständige Unrechtsform.	86
2. Fahrlässigkeit als SorgfaltsWidrigkeit	87
II. Objektive Sorgfaltswidrigkeit des Verhaltens.	88
III. Weitere Tatbestandsmerkmale.	90
IV. Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen.	91
13. Kapitel: Kausalität und objektive Zurechnung des Erfolges.	92
I. Objektive Zurechnung	92
1. Begriff der objektiven Zurechnung.	92
2. Kausalität und objektive Zurechnung	93
II. Die Kausalität	93
1. Formel von der gesetzmäßigen Bedingung	93
2. Einzelne Kausalitätsprobleme.	93
3. Die Eliminationsmethode.	95
4. Kausalität als Wahrscheinlichkeitsurteil ex ante.	96
5. Kausalität und Zweifelsgrundsatz	97
III. Spezifisch normative Verknüpfung zwischen Handlung und Erfolg (normative Zurechnung).	97
1. Kausalität und normative Zurechnung als zwei Stufen der objektiven Zurechnung	97
2. Die Stufen der normativen Zurechnung	98
a) Adäquanz	98
b) Lehre vom Risikozusammenhang (Schutzzweckzusammenhang, Schutzzweck der Norm, objektive Vorhersehbarkeit des Erfolges).	99
aa) Grundgedanke.	99
bb) Prüfung des Risikozusammenhanges.	100
cc) Fallgruppen.	101
dd) Rechtsfolge.	104
c) Risikoerhöhung gegenüber rechtmäßigem Alternativverhalten .	105
aa) Problem.	105
bb) Lehre von der Risikoerhöhung.	106
cc) Einwendungen gegen die Lehre von der Risikoerhöhung .	107
14. Kapitel: Vorsatz und Tatbildirrtum	109
I. Wesen des Vorsatzes.	109
1. Vorsatz als Wissen und Wollen	109
2. Direkter Vorsatz und Eventualvorsatz.	110

3.	Besonderer Anwendungsbereich von Wissentlichkeit und Absichtlichkeit	110
4.	Tatbildvorsatz und erweiterter Vorsatz	111
II.	Einzelheiten	112
1.	Gegenstand des Vorsatzes	112
2.	Tatsachenkenntnis und Wertung	114
a)	Kenntnis des sozialen Bedeutungsgehaltes als Gegenstand des Vorsatzes	114
b)	Maßstab der Bewertung	116
3.	Bewußtseinsform des Vorsatzes	116
4.	Zeitpunkt des Vorsatzes	116
5.	Konkretisierung des Vorsatzes und „dolus generalis“	118
6.	Tatbestandsbezogenheit des Vorsatzes und dolus alternativus	118
III.	Tatbildirrtum als Gegenstück des Vorsatzes	120
1.	Begriff des Tatbildirrtums	120
2.	Folgen des Tatbildirrtums	121
IV.	Eventualvorsatz als Grenzform des Vorsatzes	122
1.	Begriff	122
2.	Möglichkeiten einer Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit	122
3.	Gesetzliche Regelung	123
a)	Wissens- und Willensseite	123
b)	Vorsatz als Bewußtsein eines verbotenen Risikos	124
c)	Deliktsspezifische Auslegung	124
V.	Besondere subjektive Tatbestandsmerkmale	125
	b) Ausschluß des Unrechts durch Rechtfertigungsgründe	
15. Kapitel: Das Wesen der Rechtfertigungsgründe		127
I.	Formeller Ansatz	127
II.	Materieller Ansatz	127
III.	System der Rechtfertigungsgründe	128
16. Kapitel: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe I (Wertekollisionen: Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung, ärztliche Heilbehandlung, Erziehung)		129
I.	Einwilligung des Verletzten	129
1.	Abgrenzung: Einwilligung als Tatbestandsmerkmal	129
2.	Einwilligung des Verletzten als Rechtfertigungsgrund	130
3.	Voraussetzungen	131
a)	Einwilligung und Erklärung	131
b)	Gegenstand der Einwilligung	132
c)	Verfügungsbefugnis über das Rechtsgut	134
d)	Anforderungen an die Einwilligung	136
e)	Zeitpunkt der Einwilligung	136
4.	Exkurs: Sportverletzungen	137
II.	Mutmaßliche Einwilligung	138
1.	Handeln im Interesse des Verletzten	138
2.	Handeln bei mutmaßlich fehlendem Interesse des Berechtigten	140

III. Ärztliche Heilbehandlung	140
IV. Rechtsguts Verletzungen als Erziehungsmittel.....	142
17. Kapitel: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe II (Notrechte: Notwehr, rechtfertigender Notstand, offensive Selbsthilfe).	144
I. Grundstruktur der Notrechte.	144
1. Notsituation und Interessenkollision	144
2. Grundsatz der Interessenabwägung	144
II. Notwehr (§3).	145
1. Grundgedanke.	145
2. Voraussetzungen der Notwehr.	146
a) Notwehrsituation	146
aa) Angriff	146
bb) Rechtswidrigkeit	147
cc) Gegenwärtigkeit	148
dd) Notwehrfähige Rechtsgüter.	149
b) Notwehrhandlung	151
3. Einschränkungen der Notwehr.	153
a) Geringfügige Angriffe.	153
b) Die sog Notwehrprovokation.	154
c) Weitere Einschränkungen.	156
4. Sonstige Notwehrprobleme.	157
III. Rechtfertigender Notstand	159
1. Grundgedanke.	159
2. Voraussetzungen der Rechtfertigung.	160
a) Notstandssituation	160
b) Notstandshandlung	160
aa) Grundsatz der Güterabwägung.	160
bb) Risiko und Rettungschance.	161
cc) Zurechnungsprinzip	162
dd) Angemessenheitskorrektiv.	163
3. Weitere Notstandsprobleme.	164
IV. Offensive Selbsthilfe.	165
18. Kapitel: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe III (Weitere Rechtfertigungsgründe).	168
I. Pflichtenkollision.	168
1. Begriff	168
2. Grundsätze der Problemlösung.	169
II. Ausübung von Amts- und Dienstpflichten.	171
1. Rechtfertigung durch gesetzliche Eingriffsbefugnisse.	171
2. Wichtige Eingriffsbefugnisse, insbes für die Polizei	171
3. Fehlen der Eingriffsermächtigung	173
4. Rechtmäßiger Widerstand gegen Amtshandlungen	174
5. Handeln auf Weisung und Befehl.	174
III. Anhalterecht Privater (§ 86 Abs 2 StPO).	175
1. Rechtfertigungssituation	175
2. Rechtfertigungshandlung	176
3. Abgrenzung	176

19. Kapitel: Subjektive Rechtfertigungselemente	178
I. Problem.	178
II. Lösung.	178
III. Andere Lösungsvorschläge.	179
IV. Inhalt des subjektiven Rechtfertigungselements.	180
20. Kapitel: Irrtümliche Annahme eines rechtfertigenden Sachverhalts (§8)	182
I. Wesen des § 8-Intums.	182
II. Abgrenzung.	182
III. Gesetzliche Regelung.	183
IV. Rechtsnatur des Strafausschlusses.	184
V. Abschlußbeispiel.	185
c) Schuld	
21. Kapitel: Grundlagen und Aufbau des Schuldbegriffs	186
I. Schuld im Straftatsystem (Strafbegründungsschuld).	186
II. Inhalt des Schuldvorwurfs.	186
III. Übersicht über die einzelnen Schulselemente.	187
22. Kapitel: Zurechnungsunfähigkeit	189
I. Grundlagen.	189
II. Zurechnungsunfähigkeit infolge jugendlichen Alters.	190
III. Zurechnungsunfähigkeit infolge psychischer Störungen (§11).	190
IV. Verminderung der Zurechnungsfähigkeit.	192
V. Zusammenfassung: Auswirkungen der Berausung im Strafrecht	192
1. Handlungsunfähigkeit.	192
2. Volle Berausung.	192
a) Entfall der Schuld.	192
b) Actio libera in causa.	193
c) Begehung einer mit Strafe bedrohten Handlung im Zustand voller Berausung (§ 287).	194
3. Minderrausch.	196
23. Kapitel: Unrechtsbewußtsein und Verbotsirrtum	197
I. SachVerhaltskenntnis und Kenntnis der Verbotsnorm.	197
II. Aktuelles Unrechtsbewußtsein.	198
III. Vorsatz und Unrechtsbewußtsein.	200
IV. Gesetzliche Regelung des Verbotsirrtums nach § 9 StGB.	201
1. Begriff und Abgrenzung.	201
2. Rechtsfolgen.	202
3. Kriterien der Vorwerfbarkeit (§ 9 Abs 2).	202
V. Finanzstrafgesetz.	203
24. Kapitel: Besondere Entschuldigungsgründe	204
I. Allgemeines.	204
1. Grundgedanke.	204
2. Entschuldigung bei Unzumutbarkeit rechtmäßigen Verhaltens	204
3. Schuldaußschluß und Vergleich mit dem Verhalten eines maßgerechten Menschen.	205

4. Übersicht über die wichtigsten Entschuldigungsgründe	206
II. Entschuldigender Notstand (§ 10).	206
1. Notstandslage	206
2. Notstandshandlung	207
3. Rettungswille (subjektive Elemente der Entschuldigung).	209
4. Notstandshilfe	210
5. Rechtsfolge	210
6. Verhältnis des § 10 zu Entschuldigungsgründen des Besonderen Teils.	210
III. Notwehrüberschreitung aus asthenischem Affekt (§ 3 Abs 2).	211
1. Grundgedanke	211
2. Anwendungsbereich	212
3. Voraussetzungen und Rechtsfolge	212
IV. Putativnotwehrüberschreitung aus asthenischem Affekt	213
V. Irrtümliche Annahme eines entschuldigenden Sachverhalts	213
25. Kapitel: Besondere Schuldmerkmale (sog „Schuld tatbestand“).	215
I. Begriff	215
II. Fallgruppen	215
III. Praktische Bedeutung	216
26. Kapitel: Besonderheiten der Fahrlässigkeitsschuld	217
I. Schuldfähigkeit und Unrechtsbewußtsein	217
II. Positiv zu prüfende Schuldmerkmale	217
1. Subjektive Sorgfaltswidrigkeit	217
2. Subjektive Zurechenbarkeit des Erfolges	219
3. Zumutbarkeit rechtmäßigen Verhaltens	220
d) Zusätzliche Voraussetzungen der Strafbarkeit	
27. Kapitel: Zusätzliche Voraussetzungen der Strafbarkeit	221
I. Begriff und praktische Bedeutung	221
II. Einzelne Fälle	222
1. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit	222
2. Strafausschließungsgründe	223
3. Strafaufhebungsgründe	225
C) Der Versuch	
28. Kapitel: Wesen und Strafbarkeit des Versuchs	226
I. § 15 StGB als Strafausdehnungsnorm	226
II. Vollendung und (materielle) Beendigung (Vollbringung).	226
III. Versuch und Vorbereitung	229
1. Versuch	229
2. Vorbereitung	231
IV. Strafbarkeit des Versuchs	232
1. Reine Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	232
2. Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	233
3. Unternehmens-, Vorbereitungs- und Beihilfedelikte	235

V. Zum Strafgrund des Versuchs.	237
1. Einzelne Theorien.	238
2. Einzelne Argumente zu den Theorien.	239
3. Zusammenfassende Bewertung und Konsequenzen.	241
29. Kapitel: Die Merkmale des Versuchs nach § 15 StGB.	243
I. Übersicht	243
II. Tatentschluß	244
1. Gegenstand des Tatentschlusses.	244
2. Bewußtseins- und Willensinhalt	247
III. Die Versuchshandlung (Abgrenzung von Vorbereitung und Versuch)	248
1. Wesen	248
2. Ausführungshandlung als Ausgangspunkt	248
3. Ausdehnung der Versuchsstrafbarkeit auf die sog ausführungsnahen Handlungen.	250
4. Fallgruppen und Einzelfälle.	253
30. Kapitel: Der straflose untaugliche Versuch.	257
I. Das Problem	257
II. Versuchsdefinition und Tauglichkeit des Versuchs.	259
1. Lehre vom Mangel am Tatbild.	259
2. Tauglichkeit als Voraussetzung des strafbaren Versuchs.	260
3. Anwendungsbereich der Tauglichkeitsregel.	260
III. Auslegung	261
1. Rechtsprechung vor dem StGB.	261
2. Lehre vom begleitenden Beobachter.	262
3. Lehre von der objektiven Untauglichkeit.	264
4. Besondere Einzelfälle.	267
5. Ausblick.	269
31. Kapitel: Rücktritt vom Versuch (§16).	271
I. Tataufgabe und Schadensgutmachung als Strafaufhebungsgründe	271
II. Grund der Strafaufhebung	272
III. Wirkungen des Rücktritts.	273
IV. Voraussetzungen für den Rücktritt des Einzeltäters.	273
1. Rücktrittswille und Rücktrittsleistung.	273
2. Beendeter Versuch	274
a) Begriff.	274
b) Rücktritt durch Abwenden des Erfolges.	274
c) Rücktritt durch Bemühen.	275
3. Unbeendeter Versuch	276
a) Rücktritt durch Aufgeben der Ausführung.	276
b) Ausschluß des Rücktritts beim fehlgeschlagenen Versuch	276
c) Rücktritt bei Delikten mit mehraktigen oder wiederholten Ausführungshandlungen.	278
aa) Das Problem.	278
bb) Lösungsmöglichkeiten.	278
cc) Stellungnahme.	281
dd) Ergebnis.	282

V. Freiwilligkeit	282
VI. Rücktritt bei Beteiligung mehrerer	283

D) Beteiligung mehrerer

32. Kapitel: Grundlagen der Beteiligungslehre	285
I. Gesetzliche Formulierung der Deliktsbeschreibungen des Besonderen Teils als Ausgangspunkt	285
II. Die Lehre vom Einheitstäter	286
III. Das System unseres Gesetzes	288
1. Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen der Beteiligung	288
2. Versuchte Beteiligung und Beteiligung an einem Versuch	289
3. Von der quantitativen zur qualitativen Akzessorietät	290
a) Der Streit um die qualitative Akzessorietät	290
b) Zwingende Fälle der Abhängigkeit vom Vorsatz des unmittelbaren Täters	292
aa) Unmittelbare Täterschaft oder Bestimmungstäterschaft? ..	292
bb) Beteiligung an einem Versuch	292
cc) Vollendetes Delikt	293
c) Vorsatzerfordernis in allen Fällen?	295
d) Ergebnis: Beteiligung an unvorsätzlicher Tat bei voller Unrechtsverwirklichung	297
4. Das Beteiligungssystem des geltenden österreichischen Rechts ..	298
33. Kapitel: Unmittelbare Täterschaft	300
I. Grundform der unmittelbaren Täterschaft	300
II. Mittäterschaft	300
III. Unmittelbare Täterschaft durch ein menschliches Werkzeug (verdeckter unmittelbarer Täter)	302
1. Unmittelbare Täterschaft ohne eigenhändige Tatbestandsverwirklichung	302
2. Verdeckte unmittelbare Täterschaft und Einheitstätersystem	304
IV. Tatherrschaft als allgemeines Kriterium der unmittelbaren Täterschaft	305
V. Versuch der unmittelbaren Täterschaft	306
34. Kapitel: Mittelbare Täterschaft (Bestimmung und sonstiger Beitrag)	308
I. § 12 als Strafausdehnungsnorm und als Einschränkung der Strafbarkeit	308
II. Bestimmungstäterschaft (Anstiftung)	309
1. Inhalt des Bestimmens	309
2. Erscheinungsformen der Bestimmungstäterschaft (Anstiftung)	310
a) Vollendete Bestimmungstäterschaft	310
aa) Voraussetzungen im allgemeinen	311
bb) Beteiligung (in Form der Bestimmungstäterschaft) an einer unvorsätzlichen Tat	311
b) Beteiligung an einem Versuch	312
c) Versuchte Beteiligung (Anstiftung)	313

3. Besondere Probleme.	315
a) Bestimmungshandlung.	315
b) Versuchsbeginn bei der Bestimmungstäterschaft.	316
III. Täterschaft durch sonstigen Beitrag (Beihilfe).	316
1. Wesen und Erscheinungsformen.	316
a) Vollendete Beihilfe.	317
aa) Voraussetzungen im allgemeinen.	317
bb) Beihilfe zu einer unvorsätzlichen Tat.	317
cc) Rechtfertigung des unmittelbar Ausführenden.	319
b) Beteiligung an einem Versuch.	319
c) Straflosigkeit der versuchten Beihilfe.	320
2. Besondere Probleme.	320
a) Beitragshandlung.	320
b) Sozial-adäquate Handlungen.	322
c) Zeitpunkt der Unterstützung.	323
IV. Übergreifende Probleme.	324
1. Limitierte Akzessorietät.	324
2. Vorsatzprobleme.	324
a) Vollendungsvorsatz.	324
b) Besondere Vorsatzformen.	325
c) Konkretisierung des Vorsatzes.	326
d) Error in objecto und aberratio ictus.	327
e) Exzeß des unmittelbaren Täters.	327
35. Kapitel: Beteiligung mehrerer am Sonderdelikt.	330
I. Grundsätze.	330
II. § 14 als Strafausdehnungsnorm.	331
1. Unrechts- und schuldrelevante Täterqualifikationen.	331
2. Abgrenzung.	332
III. Anwendung.	333
1. Beteiligung im allgemeinen.	333
2. Beteiligung an unvorsätzlichem Handeln des Qualifizierten.	334
a) Gelockerte qualitative Akzessorietät.	334
b) Mitwirkung des Qualifizierten „in bestimmter Weise“ (2. Satz des § 14 Abs 1).	334
3. Eigenhändige Delikte.	338
IV. Sonderregeln.	338
1. Militärdelikte.	338
2. Begehung im Familienkreis.	339
36. Kapitel: Besondere Probleme der Beteiligung mehrerer.	340
I. Prozessuale Probleme.	340
1. Beteiligungsform und Nichtigkeitsgründe.	340
2. Wahlfeststellungen.	342
3. Fragestellung im geschworenengerichtlichen Verfahren.	342
II. Kettenbeteiligung.	342
III. Zusammentreffen mehrerer Beteiligungsformen in einer Person.	343
IV. Notwendige Beteiligung.	344
V. Beteiligungssähnliche Deliktstypen des Besonderen Teils.	345

VI. Beteiligung mehrerer am Fahrlässigkeitsdelikt	346
1. Anwendung des § 12.	346
2. Objektive Sorgfaltswidrigkeit	346
E) Das Unterlassungsdelikt (Besonderheiten)	
37. Kapitel: Besonderheiten der Unterlassungsdelikte	349
I. Grundlagen der Unterlassungshaftung	349
1. Echte und unechte Unterlassungsdelikte.	349
2. Tun (Handeln) und Unterlassen.	350
II. Der objektive Tatbestand (Tatbild) der Unterlassungsdelikte.	353
1. Besondere Merkmale aller Unterlassungsdelikte.	353
a) Pflichtbegründende Sachlage.	353
b) Unterlassung.	354
c) Objektive Möglichkeit	354
2. Weitere äußere Tatmerkmale der Erfolgs-Unterlassungsdelikte: Erfolg und Kausalität der Unterlassung.	354
3. Weitere äußere Tatmerkmale der Garantenunterlassungsdelikte (insbesondere bei der Begehung durch Unterlassung, § 2): Garantenstellung.	357
a) Gesetzliche Merkmale der Garantenpflicht	357
b) Formale Einteilung.	358
c) Inhaltliche Bestimmung.	358
aa) Obhutsgaranten.	359
bb) Überwachungsgaranten.	360
4. Bei Begehung durch Unterlassung (§ 2): Gleichwertigkeitsklausel	362
III. Vorsatz und Fahrlässigkeit	363
1. Vorsatzdelikt	363
2. Fahrlässigkeitsdelikt	365
IV. Rechtswidrigkeit und Schuld.	366
V. Versuch des Unterlassungsdelikts.	367
VI. Beteiligung mehrerer beim Unterlassungsdelikt	369
 Anhang: Schema der Fallprüfung	 371
 Sachverzeichnis	 375